

„Die Deppen der Nation“

Straßenausbaubeitragsatzung: Gemeinderat startet heftige Attacken auf Landrat und Landratsamt

GLASHÜTTEN

Ungewohnt heftige Angriffe gegen Landrat und Landratsamt löste das Thema „Satzung über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen“ aus. In der Sitzung des Gemeinderates sorgte die Forderung des Landratsamtes Bayreuth als Rechtsaufsicht, eine entsprechende Satzung zu erlassen, für ein in der jüngeren Geschichte des Gremiums noch nie dagewesene Kritik am Verhalten der Behörde.

Es gab im wahrsten Sinne des Wortes „Watschen“ für das Landratsamt. Der geharnischte Protest der Räte zog sich durch alle Fraktionen. Er fand seinen Abschluss im einstimmigen Beschluss auf Vorschlag von Bürgermeister Werner Kaniewski: Eine Straßenausbaubeitragsatzung wird abgelehnt. Und weiter: „Für Glashütten besteht kein Handlungsbedarf“.

Auslöser der emotionalen Äußerungen im Gemeinderat war das Schreiben des Landratsamtes Bayreuth vom 6. Februar 2015 an die Städte, Märkte und Gemeinden. Darin wurden die Kommunen aufgefordert, eine

entsprechende Satzung zu erlassen, um damit sämtliche Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen. Ansonsten, so die unmissverständliche Drohung der Rechtsaufsichtsbehörde, werde die Genehmigung zur Aufnahme von Krediten verweigert.

Das Vorgehen ist laut Kaniewski ein Lehrbeispiel dafür, wie die dritte gleichberechtigte Stufe im staatlichen Gefüge, die kommunale Selbstverwaltung, zwar in Sonntagsreden gepriesen wird, „am Montag werden die Kommunen dann wieder zu Deppen der Nation gemacht“. In der Gemeinde Glashütten gab es bisher keine Maßnahmen, die unter eine Straßenausbaubesatzung gefallen wären, wie die Beispiele von Frostaufbrüchen und Deckenerneuerungen zeigten. Dies soll auch in Zukunft so sein, da ein Neubau von Ortsstraßen bisher nicht notwendig war. Es sei eine Unverschämtheit, was das Landratsamt fordere, meinte Kaniewski. Er verwies darauf, dass die Stadt München die Straßenausbaubesatzung wieder aufgehoben habe. Unter Bezug auf ein Treffen des Kreisvorstandes des Bayerischen Gemeindetages kündigte er Widerstand

an. „Von dort wird das Spiel des Landrats nicht mitgemacht“, so der Bürgermeister. „Die Gemeinden werden sich dies alles nicht gefallen lassen.“

Zudem beabsichtigt der Landtag bis zu den Sommerferien das Thema auf die Tagesordnung zu nehmen. Kaniewski forderte das Landratsamt auf, das besagte Schreiben zurückzunehmen. „Auf der anderen Seite werden

„Die Gemeinden werden sich das nicht gefallen lassen.“

**Werner Kaniewski,
Bürgermeister**

uns grinsend die Steuergelder der Bürger durch die Kreisumlage aus der Hand genommen.“ Offensichtlich lasse das Thema den Landrat kalt, er lasse es durch seine Mitarbeiter umsetzen. Und, so Kaniewski weiter, „das Landratsamt kündigt durch seine Vorgehensweise die bisher gute Zusammenarbeit auf. Wir nehmen diese Kündigung an“, so der Bürgermeister. „Wir stehen weiter bei den Bürgern im Wort, da alle Frak-

tionen im Gemeinderat vor der Wahl einen Verzicht auf eine Straßenausbaubesatzung erklärt haben. Die Bürger verdienen Vertrauensschutz.“ Und abschließend meinte Kaniewski: „Es gibt auch den zivilen Ungehorsam“. Die bei einer Besprechung mit den Bürgermeistern vom Landratsamt ausgesprochene „Veruntreuung“ für den Fall des Verzichts auf eine Satzung, die dann den Schritt zum Kadi zur Folge hätte, brachte zweiten Bürgermeister Hartmut Wagner (FWG) auf die Palme. „Wir geben das Geld für unsere Bürger aus, und von der Behörde wird uns die Pistole auf die Brust gesetzt.“ Er sprach von Arroganz gegenüber den Kommunen. Auch dritter Bürgermeister Bruno Heider (CSU) widersprach. „Da werden Äpfel mit Birnen verglichen“, meinte er, „das passt nicht zusammen“. Er befürchtete bei einer Umsetzung große Streitigkeiten in der Gemeinde. Sven Kaniewski lehnte im Namen der SPD-Fraktion die Forderung ab. Zuerst sollte das Thema auf Landesebene ausgefochten werden. Das Landratsamt interessiere die kommunale Finanzhoheit und das kommunale Selbstverwaltungsrecht nicht. dj